

**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

Fraktionsausflug Radikal	2/3 5	FDP Frauen Unter Freisinnigen	6 11	Ecopop Christian, du irrst dich	14 16	Spekulation mit Lebensmitteln FDP International	18 19
-----------------------------	----------	----------------------------------	---------	------------------------------------	----------	--	----------

36. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

## Inhalt

### Brachliegendes Potenzial

Für teures Geld bildet die Schweiz jedes Jahr Frauen auf hohem Niveau aus, bietet dann aber nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen, damit diese Frauen auch im Erwerbsleben verbleiben. Für die FDP Frauen ist dieser Umstand gerade nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative dringend zu ändern.

Seite 6

### Nein zur Einheitskasse

Der Zürcher Gesundheitsdirektor Dr. Thomas Heiniger hat eine klare Meinung, wenn es um die Initiative zur Einführung einer Einheitskasse geht. Seine Argumente legt er im «Freisinn» dar. Daneben sprechen auch viele Fakten gegen eine Einheitskasse und für die Beibehaltung des bewährten Systems.

Seiten 20 und 21

### Nein zur Gastro-Initiative

Wie viel soll die Wurst kosten? Andrea Caroni nimmt im Interview Stellung zur Gastro-Initiative und erklärt, warum die Initiative trotz – im wahrsten Sinne des Wortes – verlockender Argumente abgelehnt werden sollte.

Seite 22

## Ein Zeichen setzen

Was machen Sie am 13. September 2014? Kommen Sie nach Zug, und setzen Sie mit der ganzen FDP-Familie ein Zeichen!

Ein Zeichen für eine liberale Schweiz. Ein Zeichen für eine starke FDP. Ein Zeichen für Engagement, Miliztätigkeit und Freude am Politisieren. Ein Zeichen für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz!

### Tag der FDP

Wenn am Samstag, 13. September 2014, Philipp Müller kurz nach 11.00 Uhr in Zug die Bühne betritt, ist dies ein erstes solches Zeichen und die Eröffnung des Wahlkampfes 2015. Alle Mitglieder der FDP sind zusammen mit ihren Familien und Freunden eingeladen, Teil dieses FDP-Festes zu sein. Und somit ebenfalls ein Zeichen zu setzen.

Der Tag der FDP bietet ein vielfältiges Programm. Spannende Ansprachen unserer Bundesräte, ein attraktives Programm für Erwachsene und Kinder, feines Essen und die Möglichkeit, viele Gleichgesinnte zu treffen. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung unter [www.tag-der-fdp.ch](http://www.tag-der-fdp.ch).

### Arbeiten statt Poltern

Zeichen kann man auf verschiedene Arten setzen, und die FDP tat dies schon seit jeher am deutlichsten mit ihrer Arbeit auf allen politischen Ebenen. Seien es Mitglieder in Kommis-



sionen oder Parlamenten in Gemeinden, Kantons- und Grossräte, Vertreterinnen und Vertreter in den Regierungsräten oder nationale Parlamentarier – die FDP engagiert sich! Es ist dieses Engagement, das die Schweiz zu dem gemacht hat, das sie heute ist und das die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich sein lässt. Nicht das Politgepolter anderer Parteien.

Die Gefahren, welche uns durch die Bestrebungen anderer Parteien drohen, sind vielfältig. Was uns droht, beschreiben Thomas Hefti, Petra Gössi, Bruno Pezzatti und Philipp Müller in ihren Berichten im «Freisinn».

### Klare Strategie für die Zukunft

Die FDP hingegen hat für die Zukunft eine klare Strategie erarbeitet. Um den Herausforderungen, welche auf unser Land zukommen, zu begegnen und die Schweiz weiterhin an der Weltspitze zu halten, heisst es klare Forderungen zu stellen und auf die richtigen Werte zu setzen.

Am Tag der FDP werden die Anwesenden die Zukunftsstrategie verabschieden und damit den Weg aufzeigen, welche die Partei einschlagen wird.

### Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt

Zentrales Element der Zukunftsstrategie und der FDP sind die drei Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Sie prägen die Partei und den Einsatz all unserer Mitglieder. Am Tag der FDP werden die verschiedenen Rednerinnen und Redner aufzeigen, was diese Werte für die FDP konkret bedeuten.

Ausflug ins Zürcher Oberland

# Giesserei Wolfensberger und Käserei natürli

In der Sommersession fand der traditionelle Fraktionsausflug der *FDP.Die Liberale Fraktion* statt. Der Weg führte dieses Mal unter Regie von Ruedi Noser ins Tösstal. Erst fand eine Besichtigung der Giesserei Wolfensberger und anschliessend der Käserei natürli statt. Diese willkommene Abwechslung zum strengen Politalltag wurde von der ganzen Fraktion sehr genossen.



Interessiert lauschte die Delegation den aufschlussreichen Ausführungen von Markus Schmidhauser.



Bundesrat Schneider-Ammann stellte sein Giesskönnen unter Beweis.



**Interview mit Markus Schmidhauser, Geschäftsführer und Mitglied des Verwaltungsrats der Wolfensberger AG**

**Herr Schmidhauser, beschreiben Sie die Wolfensberger AG:**

Unser Unternehmen stellt anspruchsvolle Gusskomponenten aus hochlegierten Werkstoffen – auf Wunsch einbaufertig bearbeitet – für den internationalen Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau her. Aktuell beschäftigen wir 220 Mitarbeiter.

**Sie sind ein hochentwickeltes Industrieunternehmen. Wohin liefern Sie Ihre Produkte?**

Die hergestellten Produkte gelangen zu 99 Prozent auf den Weltmarkt, davon rund 60 Prozent indirekt über unsere Schweizer Kunden und 40 Prozent direkt an unsere Kunden in Deutschland, Japan, Korea, sowie in weiteren Industrieländern. Wir stehen somit in direkter Abhängigkeit von der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

**Viele Industrieunternehmen haben die Schweiz verlassen, war das für Sie nie ein Thema?**

Als Familienunternehmen mit Standort im Tösstal war der Standort Schweiz bisher unbestritten. Die schweizerischen Tugenden wie Innovation, Qualität und Zuverlässigkeit sind in unserem Geschäft von zentraler Bedeutung. Den negativen Einflüssen auf unseren Produktionsstandort wie z.B. den hohen Lohnkosten und dem starken Schweizer Franken entgegnen wir mit geeigneten Massnahmen. Wir bleiben aber jederzeit wachsam, um bei weiter zunehmendem Wettbewerbsdruck auch solche Überlegungen einbeziehen zu können.

**Was bedeutet die Masseneinwanderungsinitiative für Ihr Unternehmen?**

Der Fachkräftemangel, aber auch der Mangel an Schweizer Hilfskräften für die harte Arbeit in einer Giesserei zwingen uns, das Personal vor allem im Ausland zu rekrutieren. Rund 50 Prozent unserer Mitarbeiter besitzen einen ausländischen Pass. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative lässt Befürchtungen aufkommen, dass damit bald Schluss sein könnte – mit nicht vorsehbaren Folgen für unsere Fertigung.

Die Giesserei Wolfensberger ist seit ihrer Gründung 1924 in Bauma ansässig. Immer wieder unterstrich Markus Schmidhauser in seinen einführenden Worten die Bedeutung des Standorts des Familienbetriebs im Tösstal. In einem harten und umkämpften Markt punktet das Unternehmen durch ausgewiesene Fachkompetenz und hohe Qualität.

Unter den interessierten Zuhörern der FDP-Fraktion fühlte sich Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann besonders heimisch. War er doch vor seiner Funktion als Bundesrat selbst in der Industriewirtschaft tätig, und es stellte sich heraus, dass die beiden Unternehmen gar einmal Geschäftspartner waren. Diese Verbundenheit kam auch in der Rede Schneider-Ammanns immer wieder zum Vorschein. So appellierte er, dass der Industriestandort Schweiz gefördert werden müsse. Insbesondere nach Annahme der Masseneinwanderungs-



initiative sei es wichtig, die Rechtssicherheit für die Unternehmen wieder herzustellen.

Beim anschliessenden Rundgang durch die Giesserei durfte Bundesrat Johann Schneider-Ammann seine praktischen Fähigkeiten ausprobieren und selber einige Formen giessen.

Der Rundgang blieb allen Anwesenden durch eindruckliche Bilder und guten Erklärungen lebhaft in Erinnerung.

Am späteren Nachmittag machte sich die Delegation dann zur Käserei natürlī in Saland auf. Nach musikalischem Empfang durch einen Kinderchor, standen die Türen zu den Käsekellern offen. Trotz teils strengem Geruch war die Delegation fasziniert von den unglaublichen Käsemassen in den Kellern. Auch die vielen automatisierten Vorgänge in der Pflege der Käselaibe vermochten zu verblüffen.

Unter dem Label «natürlī us de Region Zürcher Berggebiet» fördert natürlī die Produktion und die unabhängige Vermarktung von regionalen Milch- und Käsespezialitäten. Damit kann die qualitativ hochstehende Rohmilchproduktion der Käsereien garantiert werden.

Nach interessanten Reden durch die örtliche FDP, Organisator Ruedi Noser und Fraktionspräsidentin Gabi Huber durften die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschliessend die köstlichen Produkte probieren. Ein Schmaus, der wahrlich in Erinnerung bleiben dürfte.



**Interview mit Fredy Bieri, Geschäftsführer von natürlī**

**Herr Bieri, beschreiben Sie natürlī:**

Firmengründung 1995, um den Landwirten und Milchverarbeitern im Zürcher Oberland eine nachhaltige Existenz zu ermöglichen und mit diesen einmaligen Strukturen und dem enormen Fachwissen hervorragende Käsespezialitäten herzustellen und diese gesunden, wohlschmeckenden, geschmacksintensiven, würzigen, exotischen Rohmilchkäse einer breiten Kundschaft zum Genuss anzubieten.

**Was ist das Erfolgsrezept von natürlī?**

Qualität! Davon reden alle, nur verstehen nicht alle das-

selbe darunter, für mich ist es unsere natürlī-Qualität, und die schmeckt man.

**Mit welchen bürokratischen Hürden mussten Sie kämpfen?**

Unumgängliche Bewilligungen und Zertifizierungen, doch die grösste Herausforderung ist es wohl, dass wir nicht selber zu Bürokraten werden und unsere Abläufe schlank halten.

**Was empfehlen Sie innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, die eine gute Geschäftsidee haben?**

Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es. Mut zur Umsetzung, Schritt für Schritt vorwärts auf das Ziel zu und alle Hürden als sportliche Herausforderung annehmen und immer wieder neue Meilensteine setzen.



Gespannt verfolgten die Gäste die Rede von Fraktionspräsidentin Gabi Huber.



Besonders eindrucklich präsentierte sich der Käsekeller.



Das liebevoll arrangierte Käsebuffet stand zum Verköstigen bereit.

FDP.Die Liberalen Senioren Aargau

## Besuch an der Wiege einer Weltmacht

Unter dem Zepher von alt Regierungsrätin Stéphanie Mörikofer erlebten 75 Senioren der FDP.Die Liberalen Aargau eine anregende Geschichtsstunde auf der Habsburg. Elisabeth Bleuer, frühere Kantonsarchäologin, sowie der ehemalige Redaktor und Grossrat Hans-Peter Widmer führten sie an die Wiege der ersten europäischen Weltmacht.

**Hans-Peter Widmer,  
Hausen**

Wer nach den Wurzeln des längsten und mächtigsten europäischen Adelsgeschlechts – der Habsburger – sucht, landet im Aargau. Hier finden sich ihre Spuren immer noch in Schlössern, Burgen und Ruinen, Klöstern und mittelalterlichen Stadtkernen. Allen voran die Habsburg, die dem Geschlecht den Namen gab, aber auch das Kloster Muri, wo die Herzen des letzten habsburgisch-österreichischen Kaiserpaars ruhen, sowie die Klosterkirche Königsfelden, eine Gedenkstätte, die an die Ermordung König Albrechts im Jahr 1308 erinnert.

### Dynastie mit Aargauer Wurzeln

Wann und wie das Adelsgeschlecht in den Aargau kam, weiss man nicht exakt. Leider wurde das Habsburger Archiv teilweise vernichtet, als die Eidgenossen 1415 den Aargau eroberten

und das Schloss Stein in Baden zerstörten. Die erste urkundliche Erwähnung taucht 1108 mit Otto de Hauichburch (was Habsburg bedeutet) auf. Richtig ins Rampenlicht rückten die Habsburger, als Graf Rudolf 1273 zum König des Römisch-deutschen Reichs erkoren wurde. Eigentlich wollten die Kurfürsten einen schwachen Herrscher, um ihren eigenen Einfluss zu behalten – aber sie hoben eine starke Persönlichkeit, einen territorialen Strategen und geschickten Regenten auf den Thron.

Der einfache Graf aus dem Aargau wurde ein mächtiger Monarch. Er residierte allerdings nicht mehr auf der 250 Jahre zuvor erbauten Habsburg, sondern verlagerte das Machtzentrum Richtung Osten und legte den Grundstein für eine Dynastie, die zeitweise ein weltumspannendes Imperium beherrschte. Ihr Einfluss erstreckte sich von Europa bis Asien, Afrika und Amerika. Während 650 Jahren stellten

die Habsburger über 30 Kaiser und Könige. In ihrer verzweigten Hierarchie gab es Gewinner und Verlierer. Doch sie überstanden Niederlagen gegen die Eidgenossen ebenso wie die Reformation, den Dreissigjährigen und den Siebenjährigen Krieg, die Französische Revolution, den Koalitionskrieg 1805, den Wiener Kongress 1815 und die demokratischen Revolutionen 1848. Aber mit dem Untergang der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie 1918 war Schluss.

### Der Bild der alten Erzfeinde

In der Schweizer Geschichte verfestigte sich das Bild von der Erzfeindschaft zwischen Habsburg-Österreich und der Eidgenossenschaft. Dieses Verhältnis war jedoch differenzierter, als es aus der Gut-und-Böse-Optik der Morgarten- und Sempachschlachten den Anschein macht. Dies bestätigten Erkenntnisse des Habsburger Gedenkjahres 2008, mit dem die erste urkundliche Erwähnung der Habsburger vor 900 Jahren, sowie die Ermordung König Albrechts vor 700 Jahren gewürdigt wurden. Wie gehen wir heute mit der geschichtlichen Deutung um? Die Frage ist aktuell. Denn wir werden uns 2015 an die Morgarten Schlacht vor 700 Jahren und an die Eroberung des habsburgischen Aargaus durch die Eidgenossen vor 600 Jahren erinnern.

Solche Rückblicke wecken zum Teil zwiespältige Gefühle. Das zeigte sich zum Beispiel, als sich der Bund 1998 um den 200. Jahrestag der Gründung der Helvetischen Republik und 2012 um das Gedenken an den Zweiten Villmergerkrieg vor 300 Jahren focht – beziehungsweise die würdigen Gedenkfeiern dem Aargau überliess –, obwohl beide Ereignisse die ganze Eidgenossenschaft etwas angegangen

### FDP.Die Liberalen und die Senioren

Nicht nur im Kanton Aargau engagiert sich die FDP in einer besonderen Gruppierung für die älteren Mitglieder. Auch in Zug, Bern oder dem Tessin gibt es ein besonderes Programm für Mitglieder im höheren Alter.

Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Kantonalpartei.



Die Habsburg, das der längsten und mächtigsten Dynastie den Namen gab.

BILD: OSKAR MÖRIKOFER

wären. Auch die Eroberung des Aargaus wäre wieder ein Grund für landesweite Reflexionen. Denn sie würde zeigen, dass der Aargau 1415 zum «Versuchslabor» für die Schweiz wurde. Warum? In Baden und im Freiamt installierten die Eidgenossen zum ersten Mal Gemeine Herrschaften und gründeten dazu die eidgenössische Tagsatzung. Das waren neue Einrichtungen für die 13-örtige Eidgenossenschaft. Sie wurden jahrhundertlang zur stärksten institutionellen Klammer für die eidgenössische Allianz.

Die anregende Geschichtsstunde auf der Habsburg vermittelte den FDP-Senioren die Erkenntnis, dass der Aargau nicht nur Untertanengebiet, sondern eben auch die Wiege einer späteren Weltmacht war.



Rede von Andrea Caroni, Zurich Pride vom 14. Juni 2014

## 20-Jahr-Jubiläum der Zurich Pride

Am 14. Juni 2014 war ein ganz besonderes Jubiläum: Auf dem Kasernenareal fand die 20. Ausgabe der Zurich Pride statt. Das Festival, ein jährlicher Höhepunkt im Kalender der LGBTI-Community, konnte bei strahlendem Wetter und ausgelassener Stimmung über die Bühne gehen. Seit jeher gehört aber nicht nur das Feiern, sondern genauso das Politische zur Pride. Reden zum Thema der politischen Anerkennung von Homosexualität waren auch dieses Jahr wieder Programm – unter anderen auch mit einem Freisinnigen: dem Ausserrhoder Nationalrat Andrea Caroni.

**Odilo Lamprecht,**  
Präsident Radikal

«Es ist mir eine grosse Ehre, am 20-Jahr-Jubiläum der Zurich Pride sprechen zu dürfen», verkündete Andrea Caroni gleich zu Beginn, bevor er scherzhaft gestand: «Ich oute mich. Es geht mir nämlich wie meiner Vorednerin Corine Mauch – auch ich stehe auf Frauen.»

### «Over The Rainbow»

Nach diesem Einstieg ging Caroni mit dem Ausschnitt aus einem Lied zum eigentlichen Kern seiner Rede über; dazu diente ihm der Klassiker «Over The Rainbow», ursprünglich aus dem Musical «Der Zauberer von Oz» aus dem Jahr 1939. Das Regenbogen-Lied wurde akustisch eingespielt, und das Publikum sang laut mit. Eben dieser Regenbogen sei in seiner Buntheit und seiner Vielfalt ein sehr schön gewähltes Symbol der LGBTI-Community, so Caroni. Die Grundhaltung von Toleranz, von leben und leben lassen sei auch seine Überzeugung.

Dieser gesellschaftliche Liberalismus sei auch nicht nur eine nette Ergänzung zum Wirtschaftsliberalismus. Diese beiden Arten der Freiheitsliebe seien untrennbar mit einander verbunden: «Die Freiheit ist unteilbar. Sie gilt immer auch für die private Lebensgestaltung.»

Caroni machte danach noch klar deutlich, dass er diesen gesellschaftlichen Liberalismus aus Prinzip und konsequent vertrete: «Als Gesellschaftsliberaler sage ich deshalb: Es geht den Staat nichts an, wenn ein erwachsener Mensch am Samstagabend in seiner Wohnung einen Joint anzün-



Odilo Lamprecht, Präsident der schwullesbischen Fachgruppe der FDP: Radikal.

det. Es geht den Staat nichts an, wenn jemand einer bestimmten Religion zugehört und dies beispielsweise mit seinen Kleidern zeigt. Und vor allem geht es den Staat nichts an, wenn Sie lieben oder was Sie in ihrem Schlafzimmer – oder wo immer Sie wollen – tun.»

### Immer noch zahlreiche Diskriminierungen

«Gerade Letzteres ist keine Selbstverständlichkeit», merkte Caroni an und lenkte damit auf das eigentliche Thema der Veranstaltung zurück. Zwar habe die Gesellschaft die Zeiten glücklicherweise überwunden, in

denen Homosexualität als Krankheit oder Verbrechen angesehen wurde. «Aber es bestehen immer noch Diskriminierungen», hielt Caroni fest.

Er nannte auch gleich Beispiele dieser Ungleichbehandlungen: Es gebe Versuche, Aufklärung über Homosexualität aus den Schulen zu verbannen. Ausserdem gelte die erleichterte Einbürgerung nur für Partner in einer vollen Ehe und nicht für eingetragene Partnerschaften, obwohl nur Letztere gleichgeschlechtlichen Paaren offenstehe. Caroni verwies auch auf eine Volksinitiative der CVP, welche die Ehedefinition als «Beziehung von Mann und Frau» in der Bundesverfassung zementieren wolle.

### «Warum nur Kinder für heterosexuelle Paare?»

Des Weiteren machte Caroni darauf aufmerksam, dass es homosexuellen Paaren grundsätzlich verwehrt sei, Kinder aufzuziehen: Sowohl die Fortpflanzungsmedizin, als auch die Adoption ist heterosexuellen Paaren vorbehalten. Das sei unfair und unsinnig, sagte Caroni: «Warum sollen nur heterosexuelle Paare Kinder aufziehen dürfen? Wir trauen in der Schweiz ja an sich jedem zu, ohne amtliche Bewilligung Kinder zu kriegen. Aber die ganze LGBTI-Community erachtet man kategorisch als unfähig, für Kinder zu sorgen.»

Weil man diese Ungleichbehandlung nicht einfach hinnehmen sollte, appellierte Caroni schliesslich noch an das Publikum: «Seien Sie stolz auf das, was Sie erreicht haben. Und kämpfen wir gemeinsam weiter für die vollständige Gleichstellung – jetzt erst recht.»

# Studium – und dann Hausfrau!

Rund 50 000 sehr gut ausgebildete Frauen in der Schweiz gehen keiner Erwerbstätigkeit nach: Sie möchten lieber Hausfrau sein. Das kommt Bund und Kantone teuer zu stehen, denn das kostet den Staat über 5,5 Milliarden Franken. Ganz ökonomisch gesehen, ist das für den Staat nicht gerade eine gute Investition. Was sind die Gründe dafür? Selbstbestimmte Wahl, schlechte Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder ein mangelndes Angebot an Teilzeitstellen?

**Claudine Esseiva,**  
Generalsekretärin  
*FDP.Die Liberalen Frauen*

Ein Hochschulstudium ist eine Investition in die Zukunft. Es verspricht in der Regel ein gutes Einkommen und eine Karriere. Trotzdem entscheiden sich immer wieder sehr gut ausgebildete Frauen, nicht arbeiten zu gehen. 2013 gab es in der Schweiz 50 000 Hausfrauen, die an einer Hochschule studiert oder eine höhere Berufsbildung absolviert haben. 2011 waren es 58 000. 2003 waren es noch 32 000, wie aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) hervorgeht.

## Arbeiten lohnt sich nicht

Doch warum bleiben Frauen lieber zu Hause? Die individuellen Gründe sind vielfältig. In vielen Fällen erfolgt die Kündigung des Jobs jedoch mit der Geburt eines Kindes.

Wie Rudolf Minsch, Chefökonom von Economiesuisse, gegenüber «20 Minuten» erklärt, sei ein weiterer Grund für diese Entwicklung das perverse Anreizsystem: «Es kann vorkommen, dass wenn eine Frau mehr arbeitet, das Netto-Familieneinkommen insgesamt sinkt. Denn mit dem Einkommen steigen auch die Steuern und Krippenabgaben.»

## Verlorene Investitionen

Verloren gehen dabei auch die Gelder, die in die Ausbildung der Frauen investiert wurden. Eine Berechnung der Industrie- und Handelskammer St. Gallen ergibt, dass rund 5,75 Milliarden Franken von Bund, Kantonen und Privaten in die Hochschulausbildung von Frauen ausgegeben wurden, die momentan nicht erwerbstätig sind.

Von einem «volkswirtschaftlichen Unsinn» dagegen spricht Carmen Walker Späh, Präsidentin der FDP-Frauen. «50 000 Hausfrauen mit Hochschulabschluss – krass, was für ein Potenzial da brachliegt. Der Staat bildet diese Frauen teuer aus, und dann lässt sich diese Ausbildung nicht verwerten.»

«Wir müssen alles unternehmen, damit brachliegendes Arbeitspotenzial wieder aktiviert wird.» Da nach der Annahme der Zuwanderungsinitiative vor allem auch ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften drohe, müssten Hausfrauen mit Uniabschluss dringend ins Erwerbsleben zurückgeholt werden.

## Mehr Teilzeitstellen für Akademikerinnen

«Dazu braucht es eine eigentliche Willkommenskultur gegenüber Frauen, die arbeiten wollen», sagt Walker Späh. Arbeitgeber sollten zum Beispiel mehr Teilzeitstellen anbieten. Diese



Claudine Esseiva, Generalsekretärin  
FDP.Die Liberalen Frauen.

fehlten in hochspezialisierten Berufen ganz besonders. Denn gerade in hochqualifizierten Berufen sei die Gefahr gross, dass man nach einigen Jahren vollständiger Erwerbslosigkeit den Anschluss verpasse. «Es ist wichtig, immer einen Fuss im Erwerbsleben zu behalten.»

## Förderung der Vereinbarkeit

Mitte Mai führte die FDP zusammen mit den FDP Frauen in Luzern eine Tagung zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch. Im November wird eine solche Tagung auch in der Romandie stattfinden.

Die Ergebnisse der Tagungen werden in die weitere Arbeit zur Stärkung der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben einfließen.



Damit Frauen sich nicht für eine Abzweigung entscheiden müssen, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen.



# Unterstützen Sie den Jungfreisinn – und so die FDP!

Ihre Hilfe ist gefragt! In etwas mehr als einem Jahr finden die Nationalratswahlen statt. Um den Freisinn zu stärken, müssen wir jetzt handeln.

## Liebe Freisinnige

Wir Jungfreisinnigen brauchen Geld – und bitten Sie hiermit um eine Spende! Je grösser, desto besser. Natürlich. Wieso sollten Sie uns Jungfreisinnigen – insbesondere nach diesem direkten Einstieg in den Text – Geld spenden? Weil es eine gute Investition ist. Wir Jungfreisinnigen sind die Partei, die sich konsequent, ohne Ausnahme, aber mit grossem Engagement für mehr Freiheit und weniger Staat und damit auch für Sie einsetzt. Denn weniger Staat heisst nichts anderes als weniger Gesetze und weniger Vorschriften, dafür mehr Freiraum – für Sie. Weniger Staat heisst auch tiefere Steuern und weniger Gebühren und damit mehr Geld – für Sie. Wir sehen uns als liberale Speerspitze des Freisinns. Als Oppositionspartei sind wir weniger dem Kompromiss verpflichtet als die FDP und können die freiheitlichen Positionen noch konsequenter vertreten. Unser Ziel ist es – gemeinsam mit unserer Mutterpartei, der FDP – bei den Wahlen 2015 die Kehrtwende zu schaffen und so den freiheitlichen Geist in unserem Land zu stärken.

Wer als Partei in diesem Land etwas bewegen will, braucht neben guten Köpfen auch genügend finanzielle Mittel. Es nützt nichts, die richtige Botschaft zu haben, wenn man diese nicht unter die Leute bringen und die Stimmbürger von ihr überzeugen kann. Aus diesem Grund sind alle Parteien auf Spendenfang bei ihren Mitgliedern. Für eine Jungpartei ist dies jedoch etwas schwieriger, denn im Unterschied zu den etablierten und grossen Parteien sind viele unserer Mitglieder noch in Ausbildung, im Studium oder am Anfang ihres Berufslebens – und haben entsprechend selber ein knappes Budget.

Dies ist mit ein Grund, wieso der Bund via Bundesamt für Sozialversi-



cherungen die Jungparteien auf nationaler Ebene finanziell unterstützt. Aber mal ehrlich: Staatliche Parteienfinanzierung? Die Sozialisten mögen sich darüber freuen und ihre Hände reiben, respektive ihre Taschen füllen (was sie in Tat und Wahrheit auch machen: Keine Partei bekommt mehr Geld vom Bund als die Juso). Aber als Jungfreisinnige – wir erinnern uns: Mehr Freiheit und weniger Staat – möchten wir das nicht. Aus diesem Grund haben wir am diesjährigen Kongress beschlossen, politisch gegen die staatliche Jungparteienfinanzierung vorzugehen. Der entsprechende Vorstoss ist aufgegleist.

Wer Geld will, soll etwas dafür tun! Diesen Grundsatz, den wohl jeder Freisinnige unterschreiben würde, nehmen wir sehr ernst. Und fragen Sie

deshalb um eine Spende an. Klar gäbe es auch andere Wege, um an Geld zu kommen. Wir könnten, wie andere Vereine dies machen, Kuchen verkaufen. Oder Veranstaltungen organisieren. Und das machen wir auch – aber mit einem Unterschied: Wenn wir am Samstagmorgen einen Stand in der Altstadt aufbauen, verteilen wir in der Regel Gipfeli und Flyer. Wir machen Werbung für die freisinnige Sache, denn dies ist unser Auftrag, unsere Kernkompetenz. Wir erreichen mehr, wenn wir uns voll auf unseren politischen Auftrag konzentrieren und unsere Kräfte dort einsetzen können.

Übrigens: Eine Spende an die Jungfreisinnigen hat einen weiteren Vorteil: Ab 100 Franken im Jahr ist sie von der Steuer absetzbar. Weniger Steuern bezahlen und gleichzeitig die Jung-

freisinnigen unterstützen – ein gutes Argument!

**Mehr Freiheit. Weniger Staat.**

**Christian Mundt,  
Finanzchef  
Jungfreisinnige Schweiz**

## Spenden an die Jungfreisinnigen

PC-Konto: 60-787830-6  
Banknr.: 9000  
BIC SWIFT: POFICHBE  
IBAN: CH80 0900 0000 6078 7830 6

Für Einzahlungsscheine wenden Sie sich bitte an das Sekretariat der Jungfreisinnigen, c/o FDP Schweiz, Neuengasse 20, 3001 Bern.

Tag der FDP

# Wahlkampf-Auftakt in der FDP-Familie

Am 13. September feiert die FDP mit dem «Tag der FDP» auf dem Zuger Stierenmarktareal ihren Wahlkampf-Auftakt. Im Zentrum stehen die Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. FDP-Vizepräsident und Wahlkampfleiter Vincenzo Pedrazzini erklärt im Interview, wie die Partei auch ohne Volksinitiative 2015 die Wahlen gewinnen und die SP überholen will.

*Vincenzo Pedrazzini, 2015 sind eidgenössische Wahlen. Sie sind Wahlkampfleiter für die FDP. Hat die Wahlkampfarbeit für Sie schon begonnen?*  
Die Arbeit hat bereits kurz nach den letzten Wahlen 2011 begonnen. Nach den Analysen des Wahlkampfs 2011 und der erneuten Wahl als Wahlkampfleiter nach der Präsidentenwahl von Philipp Müller, haben wir parteiintern an der neuen strategischen Ausrichtung gearbeitet.

*Präsident Philipp Müller hat ehrgeizige Pläne: Er will die SP (19%) an Wählerstärke überholen. Jedoch sagen Skeptiker, ein gleiches Ergebnis wie 2011 wäre für die FDP (15%) bereits ein Erfolg. Was sagen Sie dazu?*

Skeptiker zu finden, ist einfach. Prognosen zu stellen beinahe unmöglich. Wir sind aber optimistisch. Denn die Bevölkerung hat zwischenzeitlich feststellen können, dass die Abschottungspolitik von rechts und die Umverteilungspolitik von links der Schweiz schaden. 2011 konnten sowohl die SVP als auch die SP noch viel Lärm produzieren. Heute stellen wir aber fest, dass dies die Schweiz nicht weiterbringt. Lösungen sind gefragt, nicht Lärm. Und die FDP steht für Lösungen im Interesse der Schweiz.

*Wo wollen Sie Wähler holen? Jene Wähler zurückgewinnen, die 2011 in die Blocher-Partei abgewandert sind? Haben Sie noch andere in Sicht?*

Wir werden in verschiedenen Lagern Wähler zurückgewinnen können und müssen. Wir müssen aber insbesondere



Vincenzo Pedrazzini wird die FDP in den Wahlkampf 2015 führen.

re auch in unserer eigenen Partei wieder mobilisieren. Deshalb sind Exponenten unserer Partei und insbesondere unser Parteipräsident Philipp Müller unermüdlich im Einsatz und besuchen Orts-, Bezirks- und Kantonalparteien.

*Links und Rechts sind mit populären Volksinitiativen auf Wahlkurs. Und die FDP? Reicht es, die Wirtschaft zu vertreten?*

Es ist geradezu beschämend, dass das wichtige Volksrecht der Initiative als Wahlvehikel verwendet wird. Die FDP schliesst sich diesem Unsinn

nicht an. Auf Initiativen soll nur zurückgegriffen werden, wenn alle anderen politischen Vorstösse ungehört geblieben sind. Zudem ist die Behauptung, die FDP vertrete nur die Wirtschaft, schlicht unsinnig. Wer ist denn die Wirtschaft? Wir alle sind die Wirtschaft. Jeder, der arbeitet, ist Teil der Wirtschaft.

*Etwas, worüber sich das Volk zunehmend beklagt, ist die Bevormundung durch den Staat, mit überbordenden Gesetzen. Wieso setzen sich die Bürgerlichen nicht für mehr Freiheit ein, sie haben doch im Parlament die Mehrheit?*

Welches sind denn heute noch bürgerliche Parteien? Die FDP und die SVP gehören dazu. Aber wer noch? Die CVP tendiert immer öfter zu Koalitionen mit Links, die BDP braucht die Linken, um ihren Bundesratssitz zu behalten. Die GLP hat das L für liberal nur im Namen und sucht nach der eigenen Identität. Tatsache ist, dass es leider keine bürgerliche Mehrheit gibt. Es wäre wünschenswert – und die FDP sucht die entsprechenden Koalitionen – dass sich dies nach 2015 wieder ändert.

*Konkret: Was tut die FDP gegen die überbordende Gesetzesflut?*

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz möglichst frei leben können, ohne Bevormundung durch den Staat. Das geht vom Happy-Hour-Verbot bis zu unnötigen Wiederholungskursen für Neulenkner. Darum haben wir «Freiheit» als einen unserer Kernwerte definiert. Wir setzen uns

dafür ein, dass der Staat nicht jedem kleinen Problem mit einem neuen Gesetz begegnet. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen aber auch bereit sein, Verantwortung für sich und ihr Umfeld zu übernehmen. Denn Freiheit ohne Selbstverantwortung gibt es nicht.

*«Gemeinsinn» hat sich die FDP ja auch auf die Fahne geschrieben. Was soll das bedeuten? Wollen Sie der SP die Solidarität abspenstig machen?*

Die SP versteht Solidarität falsch – bei ihr ist es ein Konzept der Umverteilung und Gleichmacherei. Einer Gesellschaft ist aber am meisten geholfen, wenn jede und jeder für sich selber sorgen kann, statt den anderen auf der Tasche zu liegen. Das ist «Gemeinsinn», wie die FDP ihn versteht – ebenso wie das Engagement in der Familie, für die Nachbarn, ältere Personen, im Verein, in der Schulpflege oder im Gemeinderat.

*Weshalb setzt die FDP auf das Milizsystem?*

Dieses Milizsystem, die Freiwilligenarbeit, gehört zu den grossen Stärken unserer Schweiz. Der Staat kann nicht alles lösen und ist vielfach zu weit weg von den Bürgern. Neben «Freiheit» und «Fortschritt» ist «Gemeinsinn» deshalb ein Kernwert, für den FDP, Die Liberalen einsteht und mit dem wir in den Wahlkampf ziehen. Gemeinsinn bedeutet auch: Weniger Oppositions- und Obstruktionspolitik, sondern gemeinsam konstruktive Lösungen für den Erfolg unseres Landes erarbeiten. Auch dafür steht die FDP.

Dieses mit einigen Punkten ergänzte/angepasste Interview erschien am 31. Juli 2014 in den «Obersee Nachrichten».



# FDP

Die Liberalen



**Tag der FDP**  
**13.9.2014**  
**10.45h - 16.00h**  
**Stierenmarktareal**  
**Zug**

Trio Anderscht  
Zauberer  
Chipping-Zelt  
Comedian Rob Spence  
Parteipräsident Philipp Müller  
Gemeinsames Mittagessen  
Bundespräsident Didier Burkhalter  
Kinderschminken  
Human Kickers  
e-Bike testen  
Hüpfburg  
Schoko-Katapult  
Jass-Ecke  
Bundesarat  
Schneider-Ammann

Weitere Informationen und Anmeldung unter:  
[www.tag-der-fdp.ch](http://www.tag-der-fdp.ch)

Zukunftsstrategie

# Bereit für die Zukunft – bereit, ein Zeichen zu setzen

In rund 14 Monaten wählt die Schweiz ein neues Parlament. Diese Tatsache verrät nicht nur ein Blick auf die Agenda, sondern auch das mediale Stellungsspiel, das die anderen Parteien betreiben. Da werden Forderungen in alle Richtungen laut, und das Fell des Bären wird lange vor dessen Erlegung verteilt. Diesen Ränkespielen verweigert sich die FDP ganz bewusst. Stattdessen präsentiert die FDP am 13. September 2014 in Zug die Früchte ihrer Arbeit und zeigt, wie die Schweiz auch zukünftig eigenständig, erfolgreich und einmalig sein kann.

**Philipp Müller,  
Parteipräsident**

Man kann Volksinitiativen en masse lancieren oder mit weltfremden Forderungen aufwarten – oder man kann seriös und engagiert daran arbeiten, unser Land an der Weltspitze zu halten. Die FDP entscheidet sich – wie es ihrer Tradition entspricht – für den letzteren Weg.

Wir haben daher seit Anfang Jahr intensiv an einer Strategie für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz gearbeitet. Mitgliederbefragungen, Online-Diskussionen mit der Basis wie auch an Veranstaltungen sowie zahlreiche Gespräche mit Vertretern aller Parteiebenen führten zu einer Strategie, hinter die sich die ganze Partei stellt.

## Ein klares Ziel

Was macht den Erfolg der Schweiz aus, welche Herausforderungen erwarten uns und welchen Weg gilt es einzuschlagen? Auf diese Fragen liefert die Zukunftsstrategie der FDP eine klare Antwort. Nebst eindeutigen Forderungen zeigt die FDP auch auf, welche drei Kernwerte die Schweiz gross gemacht haben und die die FDP wie keine zweite Partei verkörpert. Es sind dies Freiheit, Gemeinnutzen und Fortschritt.

Das Ziel, das unsere Partei mit ihrer Zukunftsstrategie anpeilt, ist dabei klar: den Schweizerinnen und Schweizern zu garantieren, dass ihr Land weiterhin erfolgreich und eigenständig bleibt und die einmalige Lebensqualität bewahrt wird.



Setzen Sie mit uns am 13. September in Zug ein Zeichen! Ich freue mich auf Ihre Teilnahme – Ihr Parteipräsident Philipp Müller.

## FDP-Mitglieder packen an

Diese Ziele zu erreichen, gelingt nicht einer Handvoll Parlamentariern in

Bern. Dazu braucht es zahlreiche engagierte, mutige und optimistische Menschen. Menschen, die anpacken,

die verändern, die sich der Zukunft stellen und nicht im Stillstand verharren. Menschen, die ihre Freizeit für die Gemeinschaft zur Verfügung stellen. Menschen, die sich gegen immer neue Einschränkungen in der Gestaltung des Lebens und der Wirtschaft einsetzen.

Kurz: Menschen, die die Werte Freiheit, Gemeinnutzen und Fortschritt leben und täglich umsetzen. Oder noch kürzer: FDP-Mitglieder, wie Sie, wertvolle Leserinnen und Leser.

## Nach aussen tragen

Was für die Mitglieder der FDP selbstverständlich und Teil ihres Alltags ist, gilt es hinauszutragen, gilt es darzustellen. Die FDP wird daher in den 14 Monaten bis zu den nationalen Wahlen in diversen Aktionen der Schweizer Bevölkerung aufzeigen, warum Freiheit, Gemeinnutzen und Fortschritt unabdingbare Elemente für eine erfolgreiche Zukunft der Schweiz sind.

Ein erstes Zeichen ist der Tag der FDP. Gemeinsam mit Mitgliedern aller Kantone, aller Landes- und Sprachregionen verabschiedet die FDP in Zug ihre Zukunftsstrategie. Dies ist für die Partei der Auftakt zum Wahlkampf für 2015. Ganz ohne Polemik oder populistische Initiativen, sondern mit klaren Forderungen. Und der persönlichen Bereitschaft aller Freisinnigen, für das Wohl und die Zukunft dieses Landes einzustehen. Die Freiheit zu verteidigen, den Gemeinnutzen zu leben und mit Fortschritt den Wohlstand von morgen zu ermöglichen.

## Herzlichen Dank

Damit ein Anlass wie der Tag der FDP möglich wird, braucht es tatkräftige Helfer im Hintergrund. Ein besonderer Dank der nationalen Partei gilt daher dem Organisationskomitee um Hans Wickart der FDP Zug. Obwohl selber im kantonalen Wahlkampf engagiert, leisteten die Mitglieder der Zuger Parteileitung, Hans Wickart, OK-Präsident, Jürg Strub, Parteipräsident, Ueli Bollmann, Wahlkampfleiter und Birgitt Siegrist, Geschäftsführerin, einen riesigen Einsatz. Ohne ihre Hilfe, ihre Kenntnisse und ihre Vermittlung wäre der Anlass in dieser Form nicht durchführbar gewesen.



An unseren Werten festhalten

# Die Schweiz: Einzigartig und eine Chance für die Welt

Gegenseitiger Respekt und Offenheit sind Werte, die die Schweiz stark gemacht haben. Diese Werte erlauben es heute unserem Land, seine Interessen zu verteidigen, international eine Rolle zu spielen und mit seiner Unabhängigkeit einen wertvollen Beitrag zur Staatengemeinschaft zu leisten.

## Liebe Parteifreunde

In den letzten Monaten haben unvorhergesehene Entwicklungen das Weltgeschehen entscheidend geprägt: Krisen und bewaffnete Konflikte in Europa, im Nahen Osten, in Afrika und im Maghreb stürzen ganze Regionen in Gewalt und Elend und zerstören Leben und Schicksale. Ein stummer Zeuge dieser Entwicklung ist die Flüchtlingsstatistik: Die weltweite Anzahl Flüchtlinge, Asylsuchende und intern vertriebener Frauen, Männer und Kinder hat im Juni dieses Jahres den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Dies ist gleichzeitig ein trauriger Rekord, aber auch ein Ansporn, uns weiter und stärker auf internationaler Ebene zu betätigen.

Die Schweiz verfügt über Stärken und Einzigartigkeiten, die sie gross gemacht haben. Diese Eigenschaften sind auch eine Chance für die Welt. Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs leben wir hier in Frieden. Wir verdanken dies zu einem grossen Teil unserer politischen Kultur, die den gegenseitigen Respekt in den Mittelpunkt stellt: der Respekt vor Minderheiten und der Respekt anderer Meinungen. Diese Werte sind ein fester Teil unserer nationalen DNA: Sie sind tief in unserer Geschichte verankert und in unserer Verfassung festgeschrieben. Doch sie sind weder einfach so da, noch sind sie für alle Zeiten gegeben. Wir müssen ständig an ihnen arbeiten und sie unterhalten. Respekt bedeutet, aufeinander zuzugehen und immer wieder Brücken zu bauen.

Denn mit Brücken lassen sich nicht nur Schluchten und Gräben überwinden, sondern Brücken verbinden auch Menschen – und sichern so den Zusammenhalt der Schweiz.

Brücken bauen – genau dies macht auch die Schweiz auf internationaler Ebene. Dies ist das Ziel der diesjährigen OSZE-Präsidentschaft der Schweiz. In der Ukraine versuchen wir so, einen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Wir bauen überall dort Brücken, wo unsere Unabhängigkeit und unsere Expertise gefragt sind und wo uns diese Eigenschaften Glaubwürdigkeit verleihen. Denn unsere Stärke und unser Wohlstand bedeutet Verantwortung; Verantwortung, damit die Welt, in der wir stark geworden sind, auch für künftige Generationen erhalten bleibt und besser wird.

Dieses Engagement entspricht unseren Interessen und unseren Werten: Nur in einer Weltordnung, in der Recht mehr wert ist als Macht, können wir eigenständig bleiben und als Staat souverän unseren Weg gehen.

Souveränität und Offenheit. Das ist der Weg der Schweiz. Isolation ist dagegen keine Option. Mit Blick auf Europa bedeutet dies, dass wir den Volksentscheid vom 9. Februar umzusetzen und die Einwanderung besser zu steuern haben. Das ist der Wille der Mehrheit der Bevölkerung. Gleichzeitig müssen wir den bilateralen Weg sichern. Diesen Weg hat der Souverän mehrmals bestätigt. Damit die Schweiz den besten Weg für die Zukunft einschlagen kann – einen Weg des Wohlstands und der Unabhängigkeit –, müssen wir in erster Linie Ruhe

bewahren, Ausdauer haben und Mut zeigen. Der Weg wird lang und steinig werden. Der Bundesrat setzt sich mit aller Kraft für eine umfassende Lösung ein: Zum einen muss der Wille der Bevölkerung nach einer besseren Steuerung der Einwanderung umgesetzt werden. Zum anderen müssen wir eine echte Zukunftsperspektive für den bilateralen Weg finden. Dies führt über ein institutionelles Abkommen mit der EU, das festlegt, wie wir unsere Beziehungen weiterentwickeln wollen. Ein institutionelles Abkommen, das mit der EU abgeschlossen wird, das aber gleichzeitig die Schweizer Institutionen bewahrt und respektiert. Nur so dient es den Interessen unseres Landes.

Indem wir für eine offene und souveräne Schweiz eintreten, stärken wir auch global die Position unseres Landes: Nur eine offene Weltordnung erlaubt es uns, weiterhin in Wohlstand und Sicherheit zu leben. Vom liberalen Wirtschaftswissenschaftler Frédéric Bastiat stammen die Worte: «Wenn Waren nicht Grenzen überqueren, dann werden es Soldaten tun.» Deshalb ist unser Engagement für eine bessere und offenere Welt in unserem ureigenen Interesse.

Besinnen wir uns auf unsere einzigartigen Stärken und bauen wir sie weiter aus! Sie sind eine Chance für unser Land, für unsere Kinder und für ihre Nachfahren. Und sie sind eine Chance für die Welt.



Bundespräsident Didier Burkhalter

**Ihr Bundespräsident  
Didier Burkhalter**

Stärkste Partei

# 43 Gestalterinnen und Gestalter in den Kantonen

Mit 43 Vertreterinnen und Vertretern ist die FDP klar die dominierende Kraft in den kantonalen Exekutiven. In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Nidwalden stellt sie dabei sogar die Mehrheit im Regierungsrat.

Ein Blick in die Statistik zeigt ganz klar: Die FDP ist nicht nur die Partei mit den meisten Regierungsräten, sondern auch die Partei, welche in den meisten Kantonen Vertreter stellt. Ein weiteres klares Zeichen, dass die FDP die Schweiz prägt. Nur gerade in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und dem Wallis ist die FDP aktuell nicht in der kantonalen Regierung vertreten.

Die CVP, welche die zweitmeisten Regierungsräte stellt, hat schon in sechs Kantonen keinen Einsitz in der Regierung. Bei den Polparteien oder den neuen Parteien sieht die Situation noch viel prekärer aus.

## Starke Köpfe

43 starke, engagierte und mutige FDP-Regierungsrätinnen und -Regierungsräte setzen sich tagtäglich und weit über die normalen Arbeitszeiten hinaus für die Kantone in der Schweiz ein. Sie sind die Aushängeschilder der Partei auf kantonomer Stufe.

Die starke Vertretung der FDP ist ein klarer Beweis, dass die Bevölkerung grosses Vertrauen in die liberalen Denkerinnen und Denker hat. In Exekutivwahlen, welche im Majorzsystem absolviert werden, gelingt es den charakterstarken Persönlichkeiten der FDP über die Parteigrenzen hinweg zu überzeugen. Die Bevölkerung scheint sich bewusst zu sein, dass es in der Regierung Menschen braucht, die anpacken und Lösungen suchen und umsetzen. Dafür stehen die FDP-Regierungsräte in allen Kantonen. Beim Anteil der Frauen in den kantonalen Regierungen steht die FDP an zweiter Stelle.



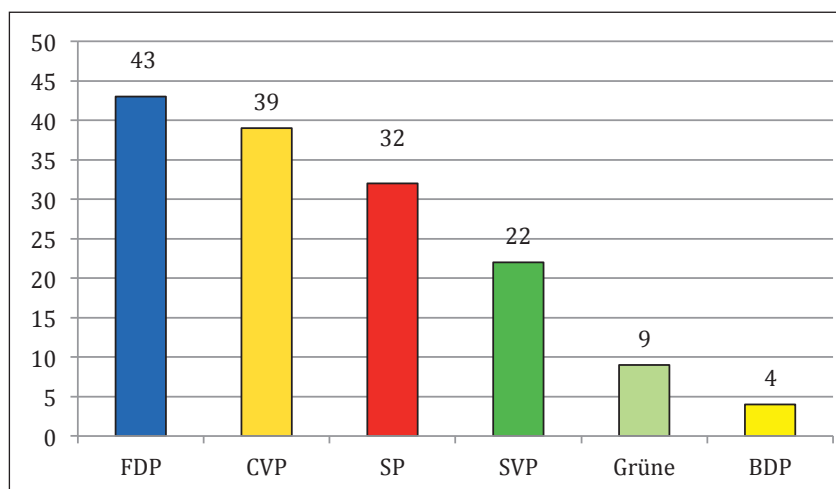
BILD: DANIEL DESBOROUGH © KANTON AARGAU

## Zusammenarbeit stärken

Einmal im Jahr treffen sich die nationale Parteispitze und die Regierungsräte zum gegenseitigen Austausch.

Diese Treffen unterstützen die Zusammenarbeit, welche in den Fachkommissionen, bei Vernehmlassungsantworten und in Abstimmungskampagnen

## Anzahl Regierungsräte



Klare Verhältnisse: Die FDP (inkl. einem Regierungsrat der Liberalen in der Stadt Basel) stellt klar am meisten Regierungsräte. Die 43 Regierungsräte verteilen sich auf 24 Kantone, und auch damit nimmt die Partei den klaren Spitzenplatz ein.

nen sehr gut vonstatten geht. Die unterschiedlichen Blickwinkel von nationaler und kantonomer Ebene weiten für beide Seiten den Blickwinkel und fördern eine optimale Arbeit zum Wohle der Schweiz. Auf das spezifische Fachwissen der Regierungsrätinnen und Regierungsräte greift die nationale Partei sehr gerne zurück.

Die Austauschtreffen sind aber auch bei den Regierungsvertretern und Vertreterinnen gern gesehene Möglichkeiten, um die interkantonale Zusammenarbeit zu stärken und neue Kontakte auch zu anderen Departementen zu nutzen.

## Liberaler Vorreiter

Eine besondere Vorreiterrolle nimmt der Kanton Appenzell Ausserrhoden ein. Von sieben Regierungssitzen besetzt die FDP deren fünf. Dass auch die beiden nationalen Vertreter aus den Reihen der FDP stammen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Auch in der Waadt arbeiten gleich drei freisinnig-liberale Regierungsräte im Siebnergremium mit. Angesichts der Tatsache, dass die anderen vier Sitze von linker Seite besetzt werden, kommt den liberalen Stimmen umso mehr Gewicht zu.

## Auch in den Parlamenten an der Spitze

Mit 532 Vertreterinnen und Vertretern in den kantonalen Parlamenten nimmt die FDP auch in der Legislative eine Spitzenposition ein. Ausser im Kanton Appenzell Innerrhoden leisten die FDP-Mandats-träger auch in den Parlamenten unverzichtbare Arbeit für das Erfolgsmodell Schweiz.



## Linke Utopien

# Lösungsvorschläge, die keine sind

18,7 Prozent beträgt der Wähleranteil der Sozialdemokraten. Trotzdem halten sie uns mit ihren Volksinitiativen auf Trab. Die verheerenden Eingriffe in den freien Arbeitsmarkt wie die 1:12- oder die Mindestlohn-Initiative scheiterten zwar klar an der Urne, die nächsten Umverteilungsideen liegen aber bereits auf dem Tisch.

**Thomas Hefti,  
Ständerat Glarus**

Das Ergebnis vom 18. Mai war eindeutig: 76,3 Prozent lehnten die Mindestlohn-Initiative ab. Einmal mehr sagte das Volk deutlich, dass es von übertriebenen staatlichen Eingriffen nichts hält. Der FDP gelang es zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien das Volk zu überzeugen, dass Wohlstand nicht durch Lohndiktat und Umverteilung zu Stande kommt, sondern durch unser freiheitliches Wirtschaftssystem. Die Linke musste eine empfindliche Niederlage einstecken, und nichtsdestotrotz arbeiten sie weiter fleissig daran, unser funktionierendes System grundlegend umzukrempeln.

## Utopische AHVplus-Initiative

Der Gewerkschaftsbund hat mit Hilfe der SP eine Initiative eingereicht, die unsere AHV-Renten um 10 Prozent erhöhen will. Dies ist tatsächlich der ganze Inhalt der Initiative! Sie reiben sich die Augen, ich auch. Kein Wort verlieren die Initianten darüber, woher dieses Geld kommen soll. Liest man das Argumentarium genauer, so folgt einfach, dass die AHV finanziell auf einem soliden Fundament stehe und dass die Schweiz sich diese Mehrausgaben doch problemlos leisten könne. Diese Haltung ist realitätsfremd und blendet völlig aus, wie unser Wohlstand zu Stande kommt. Der Reichtum der Schweiz ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis harter Arbeit.

## Finanzierung mittels Umverteilung

Die 10 Prozent Erhöhung der AHV-Renten würden 3,6 Milliarden Franken kosten, geben die Initianten immerhin noch zu. Und einen Lösungsansatz präsentieren sie ebenfalls, auch



«Wir brauchen umsetzbare Lösungsvorschläge, keine Utopien», Thomas Hefti, Ständerat.

wenn dieser sehr ideologisch daherkommt und linkem Wunschenken

entspricht. Die Annahme der Erbschaftssteuer-Initiative würde doch

immerhin zusätzlich 2 bis 3 Millionen Franken in die Bundeskassen spülen.

## Erbschaftssteuerinitiative ist klar abzulehnen

Die Volksinitiative «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV» will Erbschaften von über 2 Millionen und Schenkungen von über 20 000 Franken mit einem Steuersatz von 20 Prozent belegen. Die entsprechende Kompetenz würde den Kantonen entzogen. Nur schon deshalb ist diese Initiative klar abzulehnen. Sie greift massiv in die Steuerhoheit und ins Steuersubstrat der Kantone ein. Zudem ist bereits heute die Steuerlast auf Vermögen in der Schweiz gross. Mit einer Erbschaftssteuer würde diese nochmals erhöht. Weiter stellen die Initianten unsere Unternehmen vor grosse Schwierigkeiten, gefährden einmal mehr Tausende von Arbeitsplätzen und unseren gesunden Mittelstand. Die familieninterne Nachfolgeplanung von Unternehmen wird quasi verunmöglicht, und der Fortbestand dieser wird gefährdet.

## Nachhaltige Lösungen zur Sicherung der AHV notwendig

Es besteht Handlungsbedarf bei der Altersvorsorge. Die sozialdemokratischen Vorschläge sind für mich nicht tragbar. Vielmehr braucht es eine sachliche Diskussion, wie unsere AHV reformiert werden kann. Die Angleichung des Rentenalters von Männern und Frauen entspricht dem Gleichheitsgebot, und eine Flexibilisierung des Rentenalters ist eine zweckmässige Lösung, welche dem immer Älterwerden der Bevölkerung Rechnung trägt. Was es zu vermeiden gilt, ist eine Senkung der Renten. Immerhin in diesem Punkt bin ich mit den Genossen und Genossinnen einig.

Gefährliche Volksinitiative

# Von einem Extrem ins andere: das schwindelerregende Ausmass von Ecopop

Was ergibt es, wenn man extremstes Gedankengut von rechts mit ökologischem Wahn paart? Eine Initiative, zustande gebracht vom schweizerischen Umweltverein Ecopop. Mit extremen Forderungen von nie dagewesenem Ausmass versuchen diese Öko-Fundis ihre wirren Vorstellungen einer missratenen Utopie durchzuboxen. Ohne Rücksicht auf Verluste!

**Walter Müller,**  
Nationalrat St. Gallen

Der Verein «Ecopop» setzt sich nach eigenen Aussagen mit der Problematik der drohenden Überbevölkerung auseinander und der damit verbundenen Begrenzung der natürlichen Ressourcen auf der Erde. Das Initiativkomitee setzt sich vor allem aus Wissenschaftlern aus dem Naturwissenschaftlichen Bereich zusammen, aber auch aus Wirtschaftlern und Gesellschaftswissenschaftlern. Zusätzlich sitzen dem Komitee Unternehmer und Umweltaktivisten bei.

Man wird den Verdacht nicht los, dass es den Initianten weniger um die Sorge der Umwelt geht, als eher um die Frage: Wie können sie am besten ihre Privilegien schützen und den andern Menschen absprechen, was sie selber grosszügig für sich beanspruchen. Diese Initiative strotzt von purem Egoismus und ist gefährlich.

## Eine fast für ungültig erklärte Initiative

Die Initiative selber verlangt, dass in einem zusätzlichen Artikel 73a der Staat die Aufgabe erhält, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Dies soll durch eine Organisation der Landesbevölkerung gewährleistet werden. Den Initianten reicht dies jedoch nicht. Sie wollen auch die Bevölkerungsstruktur anderer Länder in unserer Verfassung regeln. Dies soll durch die Einflussnahme auf andere Regierungen mit Hilfe der Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden. Zusätzlich soll die Familienplanung finanziell gefördert werden.

Lange war aber nicht einmal klar, ob die Gesetzesvorlage der Ecopop



Walter Müller, Nationalrat St. Gallen.

überhaupt zugelassen werden kann. Rechtsexperten des Bundes erklärten, dass die Initiative das Gebot der Einheit der Materie nicht erfüllt. Dennoch werden wir über diese Initiative am

kommenden 30. November abstimmen – zu Recht.

Eine klare Antwort an der Urne ist mehr Wert, als die Ungültigkeitserklärung.

## Gefahr für unsere offene und wohlhabende Schweiz

Wie kann es nur sein, dass gerade die wohlhabende Schweiz immer wieder von extremen Initiativen heimgesucht wird? Beispiele gibt es in jüngster Zeit genügend. Vom bedingungslosen Einkommen, dem Griff ins Ersparte mit der Erbschaftssteuer bis hin zur schon fast rassistischen Ecopop-Initiative. Die Spitze wurde derweil mit den Durchsetzungs- resp. Nötigungsinitiativen erreicht. Der Grund wird wohl im zunehmenden Egoismus, dem Extremen oder Kompromisslosen liegen. Und dies, als ob dies die Schweiz bräuchte. Zu den Schweizer Grundwerten gehören diese jedenfalls sicher nicht.

Nun sind diverse dieser Initiativen zustande gekommen, doch Verantwortung übernehmen will niemand. Ausbaden dürfen es im Parlament jene, die seit jeher mit Kräften für eine wirtschaftlich starke offene und tolerante Schweiz kämpfen. Denn ohne unsere Offenheit, liberale Grundhaltung, unsere Souveränität und Neutralität wäre unser Land nie so weit gekommen. Und dennoch. Eine Initiative nach der anderen rüttelt an unserem vergänglichen Fundament.

Und die Ecopop-Initiative treibt es auf die Spitze des Extremen. Denn würde deren Artikel 73a in die Verfassung aufgenommen, würde sogar die Möglichkeit, seinen ausländischen Partner zu heiraten, begrenzt und die Rückwanderung von ausgewanderten Schweizer Bürgern beschränkt werden! Diese extreme Initiative braucht eine klare Absage an der Urne. Das Erfolgsmodell Schweiz braucht den Geist von uns Freisinnigen – Die Liberalen!



Kosten der «Altersvorsorge 2020»

# Magie oder reine Taktik?

Am 20. November 2013 hatte der Bundesrat den Vorentwurf zu einer sehr teuren und einseitigen Reform der Altersvorsorge vorgestellt. 9,5 Milliarden Franken Mehreinnahmen stehen gerade mal einer knappen Milliarde Franken Einsparungen gegenüber, um AHV und BVG zu stabilisieren. Welche Kosten und genauen Folgen dadurch für die Volkswirtschaft entstehen, hatte der Bundesrat zum Zeitpunkt der Vernehmlassung nur rudimentär abgeklärt.

**Bruno Pezzatti,**  
Nationalrat ZG

Ist es Magie und Bundesrat Berset  
zaubert noch die Finanzierung  
der Altersreform 2020 aus dem Hut?

Der Renteneintritt der Baby-Boom-Generation, eine sinkende Geburtenrate und anhaltend tiefe Zinsen erzwingen eine Reform der Altersvorsorge. Das Reformpaket des Bundesrates «Altersvorsorge 2020» sieht dafür hauptsächlich einnahmeseitige Massnahmen vor: 9,5 Milliarden Franken Mehreinnahmen stehen gerade mal einer knappen Milliarde Franken Einsparungen gegenüber. Neben der Tatsache, dass Alain Berset die Sozialwerke hauptsächlich über das Portemonnaie der Bürger sanieren will, scheint die Grundlagenarbeit vor der Lancierung der Reform vernachlässigt worden zu sein.

## Grundlagenarbeit nicht gemacht?

Als Grundlage für die Reform der Altersvorsorge wurde zwar eine ganze Reihe von Forschungsaufträgen ausgeschrieben, doch deren Fristen führen unweigerlich zur Frage, wie die Erkenntnisse der Studie überhaupt in die Reform einfließen können. Die Einreichfrist der meisten Studien lag entweder nach der Eröffnung der Vernehmlassung oder sogar spät in der zweiten Hälfte 2014 (siehe Box). Welchen Nutzen können Forschungsaufträge haben, deren Frist nach Ende der Vernehmlassung abläuft? Gerade bei einer so umfangreichen Vorlage sollte die Vernehmlassung doch erst durchgeführt werden, wenn die Grundlagen vorliegen? Ohne diese Erkenntnisse kann über die Folgen für die Schweiz nur spekuliert werden. Das wäre allerdings eine kostspielige Spekulation, denn die Kosten der Studien belaufen sich auf nicht weniger als 800 000 Schweizer Franken.

## Magie in der Sozialpolitik

Für die definitive Botschaft hält der Bundesrat trotz Kritik von allen Seiten fast vollständig an Alain Bersets Plänen fest. Eine Anpassung betrifft jedoch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV. Neu soll die Erhöhung 1,5 Prozent nicht übersteigen. Bundesrat Berset hatte zuvor unermüdlich betont, dass 2 Prozent Mehrwertsteuer für die AHV unumgänglich seien. Weshalb die AHV plötzlich mit einem Viertel weniger auskommen soll, hat der Bundesrat in seiner knappen Medienmitteilung nicht begründet. Es stellt sich die Frage, mit welcher Magie unser Sozialminister diese Finanzierungslücke ohne Kompensation wettmachen will.

## Oder doch nur Taktik?

Aus den ungenügenden wissenschaftlichen Abklärungen und ersatzlosen



hier bei der 2-Prozent-Forderung um reine Taktik handelte. Doch auch so bleibt die Reform sehr teuer. Eine generelle Erhöhung des Referenzalters um ein oder zwei Jahre (über 12 Jahre verteilt) hätte nämlich geringere Auswirkungen auf die Volkswirtschaft als die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer. Bereits mit dieser Massnahme könnte die Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer um 0,7 beziehungsweise 1,4 Prozent gesenkt werden. Zusätzlich würde die Erhöhung des Referenzalters eine Anpassung des Umwandlungssatzes ermöglichen. Bei einer Erhöhung um ein Jahr könnte er 6,15 Prozent betragen, bei einer Erhöhung um zwei Jahre 6,3 Prozent. Mit dieser Massnahme könnte das schlechte Einnahme-Kosten-Verhältnis von 9:1 vermindert werden und eine nachhaltige Finanzierung der Sozialwerke ins Zentrum gestellt werden.

Reduktion der Mehrwertsteuererhöhung lässt sich schliessen, dass es sich

### Vernehmlassungsverfahren eröffnet am: 20. November 2013

#### Frist abgelaufen am: 31. März 2014

1. Gutachten über die Mindestquote. Frist: April 2014;
2. Langfristige Renditeerwartungen auf Vermögen von Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule. Frist: Ende Juli 2014;
3. Verwaltungskosten der Lebensversicherer im Bereich der 2. Säule. Frist: Ende Juli 2014.

### Forschungsaufträge, welche aufgrund der Frist kaum in die Botschaft (November) einfließen können:

1. Umverteilungseffekte in der beruflichen Vorsorge (Machbarkeitsstudie). Frist: Ende Oktober 2013;
2. Auswirkungen der Reform der Altersvorsorge 2020 auf die Lohnkosten, das Nettoeinkommen und die Beschäftigung. Frist: September 2014;
3. Auswirkungen von IAS 19 auf die berufliche Vorsorge. Frist: Ende November 2014;
4. Analyse der theoretischen und technischen Verluste auf Altersleistungen der beruflichen Vorsorge. Frist: Ende November 2014.

Pauschalbesteuerung

# Christian, du irrst dich

Die Linke will mit radikalen Rezepten die liberale Wirtschaftsordnung umkrempeln. Damit schadet sie dem attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz. Denn dieser verliert dadurch seine Rechts- und Planungssicherheit. Stattdessen müssen die bereits jetzt guten Rahmenbedingungen weiter verbessert werden.

**Philipp Müller,**  
Parteipräsident, Nationalrat AG

Die Schweizer Volkswirtschaft steht mit beiden Füßen fest auf dem Boden: Die hohe Rechts- und Planungssicherheit sowie auch unsere gute Positionierung innerhalb des internationalen Steuerumfeldes machen unser Land zu einem attraktiven Standort für internationale Unternehmen und global mobile Privathaushalte. Das ermöglicht der Schweiz zusätzliche Einnahmen, schafft Arbeitsplätze und damit Wohlstand für alle.

## Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen stärken

Diese Standortvorteile gilt es zu erhalten. Hierbei spielt die dritte Reform der Unternehmenssteuer (USR III) eine besonders wichtige Rolle. Rund die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes und Hunderttausende Arbeitsplätze hängen von den steuerlich gesondert behandelten Gesellschaften ab. Um weiterhin als Standort attraktiv zu bleiben, braucht es deshalb neue konkurrenzfähige und gezielte Besteuerungsmöglichkeiten für mobile Erträge von internationalen Unternehmen sowie tiefere Steuersätze für Lizenzeinnahmen. Gleichzeitig muss die Steuerlast durch die Abschaffung der unsinnigen Stempelsteuer gesenkt werden.

## Keine Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die Pauschalbesteuerung leistet einen weiteren wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Standorts Schweiz für mobile und vermögende ausländische Staatsangehörige. Der Zuzug dieser Personen schafft und erhält Tausende von Stellen in einer Vielzahl von Branchen, wie dem Baugewerbe und



Es gilt, die guten Rahmenbedingungen der Schweiz gegen linke Rezepte zu verteidigen – damit unserem Land eine erfolgreiche Zukunft bevorsteht.

dem Dienstleistungsbereich, und generiert jährliche Steuereinnahmen von rund 700 Millionen Franken.

Für strukturschwache Kantone sind diese Einnahmen überlebenswichtig. Die von den Linken geforderte bundesweite Abschaffung der Pauschalbesteuerung wäre deshalb ein verlustreicher Eingriff in die Steuerhoheit dieser Kantone. Zudem, wenn wir diese Personen vertreiben, werden sie mit Handkuss in anderen Staaten aufgenommen und dort pauschal besteuert.

## Erbschaftssteuer schadet den KMU und dem Mittelstand

Doch nicht nur auf die internationalen Steuerzahler haben es die Linken ab-

gesehen. Sie möchten mit der bundesweiten Einführung einer Erbschaftssteuer von 20 Prozent auf Vermögen von mehr als 2 Millionen Franken für direkte Nachkommen auch unseren heimischen Bürgerinnen und Bürgern das Leben schwermachen. So edel ihre Forderung nach gerechter Verteilung auch sein mag, sie ist kurzfristig und greift den Mittelstand und die KMU an. Denn die Mehrheit der Vermögen über 2 Millionen Franken stecken in Liegenschaften und Unternehmen und nicht in Barvermögen. Bereits jetzt stehen Hedge-Fonds in den Startlöchern, um zahlungsunfähigen Erben ihre Firmen abzukaufen, damit Letztere ihre Steuerschulden begleichen können!

## Linke Rezepte sind untauglich

Die linken Vorschläge sind radikal und nicht durchdacht – es fehlt ihnen an Weitsicht für eine auch weiterhin prosperierende Schweiz. Sämtliche Angriffe auf unsere liberale Wirtschaftsordnung – von «1:12» über den Mindestlohn bis hin zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und zur Einführung der Erbschaftssteuer – rütteln an der langfristigen Planungs- und Rechtssicherheit für unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger und für die internationalen Akteure. Statt Umverteilung erreichen diese nur eines: Wertvernichtung mit einer einzigen Konsequenz: dass am Ende nichts mehr da ist, das umverteilt werden könnte.



Völkerrecht vor Landesrecht

# Die Schweiz muss ein berechenbarer Partner bleiben

Die SVP hat vor einigen Tagen eine neue Initiative angekündigt. Auf radikale Weise verlangt sie, dass in jedem Fall und absolut das Landesrecht vor dem Völkerrecht stehen soll. Diese Initiative tönt einmal mehr verführerisch. Landesrecht vor Völkerrecht: Wer ist da schon dagegen? Doch sie ist brandgefährlich für unser Land. Es ist – wie so oft bei Volksinitiativen – nicht drin, was draufsteht.

**Philipp Müller,  
Nationalrat AG**

Das Völkerrecht ist eine bedeutende Errungenschaft der internationalen Gemeinschaft und erfüllt einen wichtigen Zweck: Es zeichnet die Grundregeln der internationalen Zusammenarbeit auf. Ohne dieses würde das Faustrecht zwischen den Staaten drohen. Das Völkerrecht schützt gerade kleine Länder wie die Schweiz vor der Willkür von Grossmächten. Es ermöglicht auch der Schweiz, ihre Interessen in einem rechtlichen Rahmen durchzusetzen.

## Die Schweiz: ein unberechenbarer Vertragspartner

Als kleiner souveräner Staat sind wir auf gute Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern angewiesen. Dies gilt für die Schweiz als Exportnation vor allem im wirtschaftlichen Bereich, wie beispielsweise bei den Freihandels- und Doppelbesteuerungsabkommen. Unser Ansehen als verlässlicher Vertragspartner würde arg in Mitleidenschaft gezogen. Und dieses ist für unser Land essenziell. Jeder Handelspartner würde es sich gut überlegen, ob er mit uns Geschäfte machen will oder nicht. Dabei geht es um Tausende von Arbeitsplätzen und damit auch den Wohlstand unseres Landes.

Die Initiative stellt aber auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in Frage. Diese ist absolut essenziell für die Schweiz. Sie schützt jeden einzelnen Bürger vor staatlicher Willkür. Und sie schützt die Minderheiten. Für die vielsprachige Schweiz mit ihren zahlreichen Minderheiten ist das von herausragender Bedeutung.

Nun versuchen die Initianten dennoch die Idee durchzusetzen, dass das nationale Recht in jedem Fall und absolut über dem Völkerrecht steht, wenn es zum Landesrecht einen Widerspruch gibt. Wenn die Schweiz nun aber weiter exportieren will, ist sie auf die entsprechenden Staatsverträge angewiesen – ohne diese bei jeder Änderung des Schweizer Rechts wieder in Frage zu stellen.

## Wichtige Hierarchie zwischen Landes- und Völkerrecht

Auch wir sind auch nicht immer glücklich mit den Entscheiden des Europäischen Gerichtshofes für Men-

schenrechte. So wie wir auch nicht immer glücklich sind mit Entscheiden des Bundesgerichts. Das ist aber in einer Demokratie mit dem Prinzip der Gewaltentrennung zu akzeptieren.

Daher wollen wir eine klare Rangordnung zwischen einzelnen völkerrechtlichen Bestimmungen. Ein Chiesi-Liefervertrag ist nun mal nicht gleich wichtig wie ein Doppelbesteuerungsabkommen. Da braucht es eine klare Hierarchie, die wir heute zu wenig haben. Völkerrechtliche Verträge, welche dieselbe Bedeutung haben wie eine Verfassungsbestimmung, sollen obligatorisch dem Volk vorgelegt werden.

In diesem Sinne hat die FDP letztes Jahr ein Postulat eingereicht. Wir sind der Überzeugung, dass nur konstruktive Lösungen unser Land weiter bringen, denn diese haben der Schweiz Erfolg und Wohlstand gebracht. Sie ermöglichen unserem an natürlichen Ressourcen armen Land ihre innovativen Ideen zu verwirklichen und sie zu exportieren.

Folglich treten wir jeglicher Oppositions- und Obstruktionspolitik entschieden entgegen. Initiativen, die spektakulär daherkommen, aber keine Probleme lösen, sondern weitere verursachen, verdienen ein klares NEIN.



Mit viel Überzeugungskraft setzt sich Philipp Müller dafür ein, dass die Schweiz ein berechenbarer Vertragspartner bleibt.

Spekulationsstopp-Initiative

# Initiative der JUSO schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz

Nach der 1:12-Initiative, welche an der Urne deutlich abgelehnt wurde, reichte die JUSO im vergangenen März bereits die nächste wirtschaftsfeindliche Volksinitiative ein. Zusammen mit den Hilfswerken Swissaid und Solidar Suisse verlangen die Jungsozialisten Massnahmen gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Ein solches Verbot vernichtet Arbeitsplätze, führt zu Steuerausfällen und gibt dem Staat die Möglichkeit, sich ein weiteres Mal in den freien Markt einzumischen!

**Petra Gössi,**  
Nationalrätin, Schwyz

Die Spekulationsstopp-Initiative der JUSO will, dass es Banken, Versicherungen, Fonds oder Pensionskassen künftig verboten ist, in Finanzinstrumente zu investieren, welche sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen sollen jedoch weiterhin möglich sein.

## Keine neue Staatsintervention

Überflüssige und ungerechtfertigte Interventionen des Staates in einen freien und funktionierenden Markt müssen verhindert werden, um unbeabsichtigte Nebenwirkungen, wie beispielsweise die Erhöhung der Volatilität, zu verhindern. Das neue Verbot der Jungsozialisten riskiert, dass sich Firmen aus der Schweiz zurückziehen und ihren Hauptsitz ins Ausland verlagern. Das dürfen wir nicht zulassen! Eine Abwanderung von grossen und umsatzstarken Unternehmen gefährdet Arbeitsplätze, führt zu Steueraus-

fällen und wirkt sich negativ auf den Wohlstand und die Prosperität unseres Landes aus.

Die Initiative fordert auch, dass sich der Bund auf internationaler Ebene dafür einsetzt, die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln weltweit zu bekämpfen. Das kann nicht die Aufgabe einer wirtschaftsliberalen Schweiz sein! Besser sollte sich unser Land in der WTO dafür stark machen, dass Exportbeschränkungen und -zölle aufgehoben werden. Dadurch erhöht sich die Menge an gehandelten Agrarrohstoffen, wodurch der Markt besser funktioniert. Auch können einzelne Marktteilnehmer die Preisgestaltung in einem globalen Markt ohne staatliche Handelshemmnisse weniger beeinflussen.

## Wissenschaft widerspricht Initianten

Die empirische Evidenz für die These, dass Nahrungsmittelpreise durch Spekulationen in die Höhe getrieben werden, ist äusserst dünn. Eine Auswertung von 35 unterschiedlichen Forschungsarbeiten kam zum Schluss, dass die Spekulation den Handel mit Agrarrohstoffen nicht beeinträchtigt – der zivilgesellschaftliche Alarm zur Finanzmarktspekulation ist ein Fehlalarm! Wie alle anderen Waren und Güter sind auch Nahrungsmittel dem Markt ausgesetzt. Dieser ist schlussfolgernd für zwischenzeitliche Preiserhöhungen verantwortlich. Preise steigen, weil die Nachfrage nach einem Gut steigt und das Angebot unter anderem durch Klimaereignisse, Kriege und staatlichen Protektionismus verknappt wird.



«Für den Schweizer Wirtschaftsstandort müssen im internationalen Wettbewerb gleich lange Spiesse gelten!», sagt die Schwyzer Nationalrätin Petra Gössi.

## Keine Schwächung des Wirtschaftsstandorts

In der Schweiz ansässige Unternehmen sollen ihre Verantwortung im Rahmen global gültiger Standards eigenverantwortlich wahrnehmen. Die Einführung von verschärften Vorschriften für die hiesigen Firmen ist verfehlt: Im hart umkämpften internationalen Standortwettbewerb leiden die Unternehmen bereits unter Rechts- und Planungsunsicherheit. Umso mehr müssen für den Schweizer Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb gleich lange Spiesse gelten!

Kämpfen wir weiterhin gemeinsam für eine wirtschaftsliberale Schweiz und gegen sinnlose Regulierungen, unnötige Gesetze und wohlstandsvernichtenden Interventionismus.



Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln klingt vernünftig – die Initiative ist aber gefährlich.



## E-Voting

# Online gewinnt man Wahlen

Informationstechnologie und soziale Medien standen im Mittelpunkt der Diskussionen des 92. Auslandschweizerkongresses, der vom 15. bis 17. August in Baden über die Bühne ging. Für die 732 000 Schweizerinnen und Schweizer im Ausland werden die neuen Informationstechnologien immer bedeutender, um sich über das Geschehen in der Schweiz zu informieren und ihre Bürgerrechte wahrzunehmen. Die FDP tut gut daran, online am Draht zu bleiben. Nur so kann sie auch die fünfte Schweiz für ihre Ideen gewinnen.

**François Baur,**  
Präsident *FDP.Die Liberalen*  
*International*

Dass die Schweizer international mobil sind, belegt allein die Tatsache, dass über 10 Prozent der Schweizer Bürgerinnen und Bürger mittlerweile im Ausland leben. Dennoch legen sie weiterhin Wert auf die Ausübung ihrer politischen Rechte in ihrem Heimatland. Von 732 000 im Ausland lebenden Schweizern sind 149 000 in einem Stimmregister eingetragen. Im Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen ist dies ein nicht zu verachtendes Wählerpotenzial.

## Die fünfte Schweiz liegt im www-Land

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind also zunehmend damit vertraut, ihre politischen Rechte mit Hilfe neuer Technologien auszuüben. Auch für die politische Information setzen immer mehr Schweizerinnen und Schweizer im Ausland auf das Internet und beileibe nicht nur die jüngere Generation. Praktisch die ganze berufliche und private Kommunikation wird heute über elektronische Hilfsmittel abgewickelt, insbesondere von Personen, die berufsbedingt oder aus familiären Gründen viele ihrer Kontakte über Landesgrenzen und Kontinente hinweg pflegen. Die Schweiz hat eine der höchsten Dichten von mobilen Kommunikationsgeräten.

Es ist deshalb klar, dass sowohl die Politik als auch die Verwaltung diesem Trend folgen oder besser noch, diesen antizipieren sollten. Die FDP hat dies früh erkannt und entsprechend in ihre politische Arbeit aufge-

nommen. So setzt sich insbesondere die FDP International seit Jahren für eine möglichst umfassende Einführung des vote électronique – ohne unnötige Bürokratie – ein und fordert auch einen konsequenten Ausbau des elektronischen Behördenverkehrs, gerade auch um den Abbau der konsularischen Dienste gerade in Europa ohne grössere Sicherheitsrisiken auszugleichen. Ausserdem beteiligt sich die FDP aktiv an der Schaffung der nötigen rechtlichen und institutionellen Grundlagen für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2016.

## Elektronische Kommunikationsmittel im Fokus

Damit die FDP ihre politischen Überzeugungen auch in Zukunft an die Frau und den Mann bringen kann, muss die Partei neue Wege gehen und sich stärker auf die elektronischen Kanäle fokussieren. Seit dem Wahlsieg von Barack Obama, der vornehmlich durch die Nutzung der sozialen Medien gelang, ist die Welt von Facebook und Twitter aus der Politik nicht mehr wegzudenken. Auch die FDP nutzt diese Foren fleissig. Aber das reicht nicht. Es muss ein neues Kommunika-

tionsverständnis geschaffen werden: Wir müssen mit unseren potenziellen Wählerinnen und Wählern ins Gespräch kommen. Sie müssen uns online sagen können, wo sie der Schuh drückt. Wir müssen unsere Ideen in der Online Community verankern und verbreitern. Das ist wahrlich kein einfaches Unterfangen und verlangt viel Engagement auf den Internetforen und Mail-Accounts. Doch, davon bin ich überzeugt, hier wird der nächste Wahlkampf gewonnen oder verloren. Und ich rechne fest damit, dass die FDP zu den Gewinnern zählen wird.



«Auch die fünfte Schweiz muss ihre Bürgerrechte wahrnehmen können», François Baur, Präsident *FDP.Die Liberalen International*.

Einheitskasse

# «Wir wollen Eigenverantwortung und Bewegungsfreiheit, keine Verstaatlichung»

Am 28. September stimmt das Schweizer Stimmvolk über die SP-Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» ab. Im Gespräch mit dem «Freisinn» erklärt der Zürcher Gesundheitsdirektor Dr. Thomas Heiniger, weshalb eine Einheitskasse unser bewährtes Gesundheitssystem aufs Spiel setzt und uns die Wahlfreiheit raubt.

*Herr Heiniger, die Initianten versprechen, dass mit der Einheitskasse die Prämien sinken. Dies wäre doch wünschenswert.*

Es ist ein leeres Versprechen, denn dem behaupteten Sparpotenzial von drei Prozent der Gesundheitskosten stehen wesentlich höhere Umstellungskosten gegenüber. Zudem ist die Einheitskasse ein Experiment, das unser bewährtes Gesundheitssystem in seinen Grundfesten erschüttern würde. Der Systemwechsel zur Staatsmedizin ist kein Heilmittel.

*Was ist denn am heutigen System besser?*

Das Gesamtsystem «Gesundheitswesen» ist stark und entwicklungsfähig, wenn es austariert bleibt: Es braucht den Mix aus staatlicher Absicherung durch ein Versicherungsobligatorium, aus Eigenverantwortung und Wettbewerbselementen. Alle Erfahrungen zeigen, dass Wettbewerb und Freiheit – vorab die Wahlfreiheit der Versicherten – Effizienz, Kostenkontrolle und innovative Modelle unterstützen. Unser System baut auf privatwirtschaftliche Akteure. Das gilt nicht nur für die Leistungserbringer, sondern auch für die Krankenversicherungen. Aus diesem Wettbewerb heraus sind zum Beispiel die Managed-Care-Modelle entstanden.

*Befürworter der Vorlage argumentieren aber auch, der Wettbewerb im Gesundheitswesen gefährde die Qualität.*

Wie gesagt: Ich bin überzeugt, dass Wettbewerbselemente das Gesundheitssystem positiv beeinflussen, und zwar zu Gunsten von Prämienzahlern



«Wettbewerbselemente beeinflussen unser Gesundheitssystem positiv», so der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger.

und zu Gunsten von Patienten. Zudem gibt es überhaupt keine Gewissheit, dass die Einheitskasse positive Auswirkungen auf die Qualität im Gesundheitswesen hätte. Im Gegenteil: Ihre Einführung würde vor allem grosse Unsicherheit schaffen, und es wäre schlicht fahrlässig, dieser Vorlage zuzustimmen.

*Sie haben Patienten und Prämienzahler erwähnt. Mit welchen Argumenten überzeugen Sie die Ärzte-*

*schaft, die Vorlage abzulehnen?*

Ich frage zurück: Wieso sollte der freipraktizierende Arzt eine Staatsmedizin befürworten? Sie würde die Berufsausübung unmittelbar beeinflussen: Sobald Ärzte in ein monopolistisches System einbetoniert sind, tangiert das ihre Wahl- und Therapiefreiheit. Wenn ein Monopolist Leistungen und Tarife diktiert, wird der Arzt zum Staatsangestellten. In einem freiheitlichen System haben Ärzte dagegen auch unternehmerische Freiheit.

*Ihre persönliche Zusammenfassung zum Schluss: Warum ist die Vorlage abzulehnen?*

Nur in einem System, das den Versicherten eine Auswahl bietet, haben auch Patienten eine Wahl- und Entscheidungsfreiheit. Daran gilt es festzuhalten. Wir Schweizer und Schweizerinnen wollen Eigenverantwortung und Bewegungsfreiheit, wir lehnen Verstaatlichung ab. Darum gilt es auch, diese Vorlage abzulehnen.



Nein zur Einheitskasse

# Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache

Mit leeren Versprechen versuchen die Initianten uns die Einheitskasse schmackhaft zu machen. Lassen wir uns vom Ärger über Telefonwerbung und steigende Prämien nicht blenden, sondern werfen wir einen Blick auf die Fakten. Diese sagen erstens voraus, dass eine Einheitskasse kein Geld spart, zweitens die Wahlfreiheit auf dem Spiel steht und drittens die medizinische Qualität sinken würde.

## Nein zu leeren Versprechen

■ Die Verwaltungskosten der Krankenversicherer (mit Werbekosten) betragen heute nur 5 Prozent der Gesamtkosten. Die Einheitskasse und deren Beamte haben keinerlei Anreize, diese so tief zu halten.

■ Alleine die Umstellungskosten vom heutigen System zu einer Einheitskasse würden 2 Milliarden Franken betragen. Und dies ohne Garantie, ein besseres System zu bekommen oder dass die Prämien tatsächlich sinken werden.

■ Heute werden über 60 Prozent der Versicherten, die sich für ein kostendämpfendes Hausarztmodell entscheiden, mit einem Prämienrabatt belohnt. Mit der Einheitskasse fallen diese – und auch Kinderrabatte – weg. Kostenbewusstes Verhalten bezahlt sich demnach nicht mehr aus.

## Nein zum Verlust der Wahlfreiheit

■ Zwang: Jedermann muss bei der einzigen Einheitskasse versichert sein und ist ihr wahllos ausgeliefert.

■ **Abhängigkeit:** Die Möglichkeit des Kassenwechsels wird ausgeschlossen. Versicherte werden von Kunden zu Bittstellern.

■ **Bevormundung:** Der Blick ins benachbarte Ausland zeigt, dass Einheitskassen die freie Arztwahl einschränken und die Behandlung der Patienten diktieren.

■ **Einheitsprämie:** Die heutige Vielfalt an Prämienmodellen – die günstigere Kinder- und Jugendprämie sowie die Prämienrabatte auf Hausarztmodelle und Wahlfranchisen – fallen weg. In jedem Kanton wird eine einzige Prämie festgelegt.

## Nein zum Abbau medizinischer Leistungen

■ Im Ausland wird die Schweiz um ihr Gesundheitssystem beneidet. Es ist ...

... **hervorragend:** Wir können heute alle auf eine qualitativ sehr gute medizinische Versorgung zählen, die von der Grundversicherung vergütet wird.

... **gerecht:** Alter und Einkommen spielen keine Rolle.

... **rasch:** Die Schweiz verfügt über den weltweit besten Zugang zur medizinischen Grundversorgung.

... **sozial:** Wer wenig oder kein Einkommen hat, erhält eine verbilligte Prämie.

## Klarer Entscheid

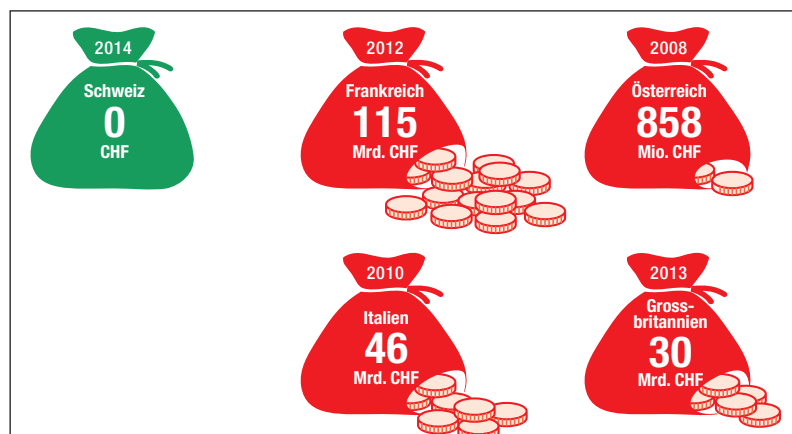
Aus all diesen Gründen haben die Delegierten der FDP Ende Juni in Fribourg ganz klar die Nein-Parole zur Einführung einer Einheitskasse gefasst.

Auch der Bundesrat und ein breites Komitee der bürgerlichen Parteien lehnt diesen Eingriff in ein bewährtes System ab.

## Von 100 Franken werden nur 5 Franken für Verwaltungskosten ausgegeben.



## Staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme sind im Gegensatz zur Schweiz hoch verschuldet.



## Staatliche Einheitskassen und Gesundheitssysteme schränken die Wahlfreiheit ein.

	Schweiz	Frankreich	Österreich	Grossbritannien	Italien
Freie Wahl Hausarzt	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Freie Wahl Spezialist	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Freie Wahl Krankenkasse/Versicherungsmodell	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein

Nein zur Gastro-Initiative

# «Keine Extrawurst bei der Mehrwertsteuer»

Am 28. September stimmt das Schweizer Volk über die Gastro-Initiative ab. Die Wirte fühlen sich gegenüber den Take-aways benachteiligt, weil im Restaurant der normale Mehrwertsteuersatz von 8 Prozent bezahlt werden muss und die Take-aways in den Genuss des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 2,5 Prozent kommen. Der Ausserrhoder Nationalrat Andrea Caroni erläutert im Gespräch mit dem «Freisinn», weshalb diese Initiative vorgibt, eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, in Tat und Wahrheit aber einseitig ist und neue Ungerechtigkeiten schafft.

*Herr Caroni, weshalb lehnen Sie die Gastro-Initiative ab?*

Ein Restaurantbesuch ist nicht das Gleiche wie der Einkauf bei Take-away. Zusammen mit dem Restaurantbesuch erhält man diverse Zusatzleistungen. Man wird bedient, erhält einen Tisch samt Gedeck, kann die Toiletten benutzen oder die Zeitung lesen. Beim Take-away kriegt man nur das Essen – wie im Laden. Lebensmittel unterstehen aus sozialpolitischen Gründen dem reduzierten Satz; bei Restaurants mit all den Zusatzdienstleistungen ist das nicht angebracht.

*Dennoch, die Gastro-Initiative wäre gut für die Gastronomie und den Tourismus?*

Jede Steuersenkung ist angenehm für die glücklichen Entlasteten. Alle andern bezahlen aber die Zeche. Jemand muss für die fehlenden 750 Millionen Franken schliesslich aufkommen. Dazu müsste man z. B. den reduzierten Steuersatz von 2,5 auf 3,8 Prozent anheben. Das würde ausgerechnet Lebensmittel teurer machen, die man zu Hause isst, und damit v. a. Schlechterverdienende treffen. Der Branche nützt das übrigens nur wenig: Nur weil ein Mittagsmenü 40 Rappen billiger wird, kommt kein einziger Gast mehr.

*Die Wirte argumentieren, dass das Gastgewerbe unter der Steuerlast leidet und viele Betriebe froh über diese Steuererleichterung wären. Die Initiative ist doch wirtschaftsfreundlich?*

Ich befürworte tiefe Steuern – aber für alle, nicht nur für einzelne Branchen. Es ist auch nicht gesagt, dass die Restaurants die Vergünstigung an die



«Ich befürworte tiefe Steuern – aber für alle, nicht nur für einzelne Branchen», so der Appenzeller Nationalrat Andrea Caroni.

Gäste weitergäben. Schon heute müsste ja bei einem Restaurant mit Take-away-Angebot der Gast, der sein Essen mitnimmt, günstiger wegkommen. In der Realität sieht man das aber nur selten.

*Die Initiative ist populär und stiess nicht nur im Nationalrat auf Zustimmung,*

*sondern auch bei Teilen der FDP. Wie erklären Sie sich das?*

Das «Beizensterben» ist ein reales Problem. Es ist eine emotionale Angelegenheit, wenn das Stammlokal einer Bürgerin oder eines Bürgers die Tore schliessen muss. Die Lösungen der FDP sind aber nachhaltiger. Wir bekämpfen die Bürokratie (inkl.

MWSt-Einheitssatz) und stärken die wirtschaftliche Handlungsfreiheit. Für das Gastgewerbe und den Tourismus ist zudem die Personenfreizügigkeit von grosser Bedeutung. Aber auch die Wirte müssen mit der Zeit gehen: Sie sind ja z. B. frei, selber zum reduzierten Satz über die Gasse zu verkaufen.



*Gastrosuisse begründet die Initiative mit dem sich wandelnden Lebensstil der Bevölkerung. So sei ein Restaurantbesuch heute für viele Menschen notwendig, die einer Tätigkeit ausser Haus nachgehen. Was meinen Sie dazu?*

Ein Restaurantbesuch ist auch durch die Arbeitswelt nicht zwingender geworden; Take-away oder ein Lebensmittelgeschäft sind meistens eine Alternative. In unserer Anwaltskanzlei z. B. essen wir meistens vom Take-away im Pausenraum. Die Restaurants leiden übrigens auch unter dem technologischen Wandel: Man trifft sich heute weniger in der Beiz, denn dank Convenience Food können auch Leute wie ich zu Hause einfach «kochen». Zudem gibts den Dorfklatsch online, und den Ausgang planen die Jungen per Smartphone.

*Immer wieder schwebt die Idee eines Mehrwertsteuereinheitssatzes im Raum. Weshalb wäre dies die beste Lösung?*

Ein Einheitssatz würde die ganze Bürokratie, die heute bei der Abrechnung der Mehrwertsteuer entsteht, massiv reduzieren. Weiter würden Verzerrungen abgebaut. Zudem könnte eine Senkung der Mehrwertsteuer angestrebt werden, die sich positiv auf alle Wirtschaftssektoren auswirken würde.

*Und weshalb ist dessen Realisierung so schwierig?*

Weil jede Branche, die in den Genuss des reduzierten Mehrwertsteuersatzes kommt, diesen natürlich nicht aufgeben will und daher gegen den Einheitssatz ist. Wenn wir Ja zur Gastro-Initiative sagen, wird der Weg zum Einheitssatz noch steiniger. Es ist kurzsichtig, zu glauben, die Wirte würden weiter für dessen Einführung kämpfen, denn sie wären ja neu bei den Privilegierten des Status quo.

Die FDP denkt weiter. Mit den drei Werten «Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt» wollen wir das Beste für unsere Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Wir sind keine Interessenvertreter einzelner Verbände, sondern denken für das Wohl des Landes. Hier ist klar: Der Einheitssatz ist die beste Lösung.

[www.nein-gastroinitiative.ch](http://www.nein-gastroinitiative.ch)

## Zu Hause essen darf nicht teurer werden!

- Wird die Gastroinitiative angenommen, droht der Bundeskasse ein Loch von 750 Millionen Franken.
- Als Kompensation für die Steuerausfälle plant der Bundesrat, den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke, für Bücher, Zeitungen und Medikamente um über 50 Prozent zu erhöhen.
- Dadurch steigen die Preise für Lebensmittel, die schon heute in der Schweiz vergleichsweise teuer sind. Die Zeche zahlen in erster Linie Familien und Personen mit mittleren und tiefen Einkommen, die meistens zu Hause essen.

### Diese Organisationen lehnen die Gastroinitiative ab:

Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz IG DHS  
Schweizerischer Bäcker-Confiseurmeister-Verband SBC  
Schweizer Bauernverband SBV  
Schweizer Fleisch-Fachverband SFF  
Schweizerischer Drogistenverband SDV  
Stiftung für Konsumentenschutz SKS  
Swiss Retail Federation SRF  
Verband Schweizer Medien

Deshalb:

**Nein zur Gastroinitiative**  
**am 28. September 2014**

**Gastroinitiative**  
**Nein!**  
28. September 2014

# zu Hause teurer essen?



# Wir sind keine Einheitspatienten!

**www.einheitskasse-nein.ch**  
Überparteiliches Komitee «Nein zur Einheitskasse»,  
Postfach 6136, CH-3001 Bern



# NUR DAS BEZAHLEN, WAS WIR WIRKLICH BRAUCHEN.

Mit dem neuen Sunrise Home lassen sich Internet, Festnetz und TV schon ab CHF 60.–/Monat für Sie optimal kombinieren. Unser Konfigurator hilft Ihnen mit vier einfachen Fragen, Ihr individuelles Paket zusammenzustellen: **[sunrise.ch/meinpaket](http://sunrise.ch/meinpaket)**

**comparis.ch  
sagt:**

Mit dem «Sunrise Home»  
Angebot überholt Sunrise  
die Konkurrenz klar.

comparis.ch, 23.6.2014

Sunrise internet start, phone start, TV start für CHF 60.–/Monat

Das macht Sinn. **Sunrise**